



Samstag, 03. August 2019

Kiesabbau im Herrschaftsholz soll 2020 beginnen



Die Straße Richtung B 30 (Hintergrund) und L 267 soll für Lkws einspurig ausgebaut werden. Das sehen die bisherigen Pläne vor. (Foto: Andreas Spengler)

Mit dem Abbau von Kies im Äpfinger Herrschaftsholz soll voraussichtlich im kommenden Jahr begonnen werden. Das hat der verantwortliche Projektleiter Bertram Lelanz bekannt gegeben. Vorab aber gibt es für Bürger, Verbände und Gemeinden die Möglichkeit, Stellung zu nehmen. Zuletzt hatten die Naturschutzverbände Nabu und BUND Kritik an dem Abbauvorhaben geäußert. Lelanz hingegen, der das Projekt für die Firma „Kies und Sand Maselheim“ umsetzt, betont die Bedeutung des Abbaus und verspricht Transparenz.

Zwei Fragen standen zu Beginn der Planungen im Fokus, sagt Bertram Lelanz: Allen voran die Frage, ob im Herrschaftsholz überhaupt genügend Kies vorhanden ist. Lelanz betont: Dies zu klären, sei „das ureigene Interesse“ der Abbaufirmen. „Alles andere wäre unternehmerisch nicht besonders sinnvoll.“ Rund zehn Millionen Kubikmeter Kies sollen in dem Waldstück abgebaut werden können.

Die zweite Frage sei gewesen, wie man die Trinkwasserversorgung sicherstellen könne. „Wir mussten den Beweis antreten, dass durch den Trockenabbau die Trinkwasserfassung Äpfingen nicht gefährdet ist“, sagt Lelanz. Dies sei gelungen – und auch vom Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau so bestätigt worden. Bis zu 30 Meter tief reichen die abbaufähigen Kiesvorkommen, zusätzlich müssen zwei Meter Abstand zum Grundwasser eingehalten werden – das ist gesetzlich vorgeschrieben. Eine Verunreinigung sei damit ausgeschlossen, schließlich könnten Bagger heutzutage via GPS bis auf wenige Zentimeter genau graben. Um die genauen Wasserstände und Kiesvorkommen zu ermitteln, seien bereits im ersten Schritt Bohrungen im Abbaugbiet erfolgt.

Anbindung an die L 267

Unklar war zunächst noch die Frage der Verkehrsanbindung. Die Biberacher Hospitalstiftung hatte die Zufahrt über den nahen Hospitalwald untersagt (SZ berichtete). Die jetzige Planung sehe den Ausbau eines Feld- und Waldwegs vor, der am nördlichen Rand des Spitalwalds verläuft, an der Unterführung der B 30 bei Barabain über die Öchsle-Schienen führt und von dort weiter bis zur L 267 läuft. Der Ausbau des Wegs soll einspurig erfolgen mit mehreren Haltebuchten. „Wichtig ist dabei auch, dass durch die direkte Anbindung an die L 267 keine Konfliktsituation mit einem geplanten Industriegebiet im Rißtal (IGI) entstehen kann“, sagt Lelanz. Die Straße werde zudem voraussichtlich zu den üblichen Arbeitszeiten von sieben bis 18 Uhr befahren. Der Aushub werde dabei zum allergrößten Teil in die nahen Kieswerke der beiden Firmen Dünkel und Röhm bei Äpfingen transportiert.

Ein Teil des Füllmaterials aber könne auch von außerhalb aus der Region über die B 30 in das Gebiet gebracht werden, bestätigt Lelanz. Das seien bislang allerdings nur erste Planungen. „Wir sind eigentlich noch am Beginn des Verfahrens.“



Die Firmen Röhm und Dünkel bilden die Firma „Kies und Sand Maselheim“, die den Antrag für den Kiesabbau im Herrschaftsholz stellt. (Foto: Andreas Spengler)

Alle Unterlagen seien inzwischen in einem Antrag gebündelt beim Biberacher Landratsamt eingereicht worden – darunter auch die Umweltverträglichkeitsprüfung, die Rohstoff- und hydrogeologischen Untersuchungen, die Beiträge zum Arten- und Biotopschutz sowie die bodenkundlichen Untersuchungen und Verkehrsgutachten. Zudem seien die wesentlichen Voraussetzungen für einen Abbau bereits bei der Regionalplanung des Regionalverbands Donau-Iller untersucht worden.

„Wir haben unsere Hausaufgaben abgearbeitet“, betont Lelanz. Das Landratsamt prüft nun die Vollständigkeit der Unterlagen. Sobald grünes Licht von der Behörde kommt, folgt die offizielle Antragsstellung und damit müssen die Anträge und Gutachten auch vier Wochen lang für die Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden – so schreibt es das Umweltverträglichkeitsgesetz vor. Alle Träger öffentlicher Belange, Gemeinderäte, Verbände und Bürger können Anregungen und Bedenken vortragen. Das Landratsamt muss dann prüfen, ob berechtigte Einwendungen vorliegen.

Der Nabu und der BUND hatten bereits angekündigt, gemeinsam eine Bürgerinitiative gegen den Kiesabbau ins Leben rufen zu wollen. Sie führen Bedenken in Sachen Klimaschutz und Ressourcenverbrauch ins Feld (SZ berichtete). Lelanz entgegnet, er wolle den Verbänden mit Transparenz begegnen. Sollte es bei der öffentlichen Anhörung Streitpunkte geben, würden diese bei einem Erörterungstermin „verhandelt und diskutiert“.

Die Eingriffe im Herrschaftsholz seien aber nur vorübergehend und würden zudem vollständig wieder ausgeglichen. Richtig sei, dass der Wald gefällt werde, allerdings nur abschnittsweise: in sechs Abschnitten über 30 Jahre verteilt. Der Beginn ist dort geplant, wo das Kiesvorkommen am mächtigsten ist, im nördlichen Teil des Gebiets. Sobald der Kiesabbau auf einem Teilstück abgeschlossen sei, werde wieder verfüllt und der ursprüngliche Oberboden wieder aufgetragen. „Wir wollen dort ja keine Badewanne zurücklassen“, sagt Lelanz. Um den wertvollen Oberboden nach dem Aushub zu lagern, wird zudem ein kleines Teilstück freigeschlagen.

Verpflichtung zur Aufforstung

Während an einer Stelle noch Kies abgebaut wird, sollen dann auf dem vorherigen Abbaugelände bereits wieder Bäume nachwachsen. „Der Bestandswald wird eins zu eins wieder aufgeforstet.“ Für den Unterschied in der Ökobilanz zwischen den jungen, nachwachsenden und den alten, abgeschlagenen Bäumen müsse allerdings ein Ausgleich geschaffen werden, sagt Lelanz.

Bislang steht auf dem Abbaugelände ein Mischwald vor allem mit Fichten. Zukünftig, glaubt Lelanz, könnten dort stattdessen vor allem Arten wachsen, die dem Klimawandel besser widerstehen könnten, wie Douglasien. Der Wald aber bleibe im Besitz von Thurn und Taxis.

Mit dem Beginn des Kiesabbaus verpflichte sich die Firma „Kies und Sand“ zur Wiederaufforstung. Dafür müssen auch Finanzmittel zurückgestellt werden, um garantieren zu können, dass die Aufforstung auf jeden Fall erfolgen kann.

Beim Kiesabbau im Herrschaftsholz setzen die Naturschutzverbände Nabu und BUND auf Konfrontation. Auf Landesebene hingegen gibt es bereits Ansätze, wie Umweltschutz und Kiesabbau voneinander profitieren können.

So heißt es in einer gemeinsamen Erklärung des Nabu Landesverbands Baden-Württemberg und dem Industrieverband Steine und Erden von 2012: „Rohstoffabbau in Deutschland und Naturschutz waren in den zurückliegenden Jahren oft „zwei Lager“, die sich scheinbar unvereinbar gegenüber standen. Der Abbau und die Aufbereitung von Gips, Kalkstein, Kies, Sand, Naturstein und Ton wurden von der einen Seite fast ausschließlich unter dem Gesichtspunkt von Eingriffen in Natur und Landschaft sowie aus Sicht des Klima- und Ressourcenschutzes betrachtet. Die andere Seite sah die Bedenken des Naturschutzes als Blockade.“

Die Zahl der Konflikte zwischen den beiden Lagern sei inzwischen zurückgegangen. „Naturschützer haben erkannt, dass Eingriffe in die Natur durch Rohstoffabbau nicht zwangsläufig zum Schaden der Artenvielfalt sein müssen. Oftmals kommen Arten, die auf unbewachsene oder nur spärlich bewachsene Flächen oder auf Wasserflächen angewiesen sind, gerade auf Rohstoffabbauflächen vor. Darunter sind viele seltene besonders und streng geschützte Arten“, heißt es in der Erklärung. Wichtig sei jedoch die Folgenutzung. „Hier gilt es, einen Kompromiss zwischen der hohen Attraktivität solcher Flächen für eine spätere Freizeitnutzung, der land- oder forstwirtschaftlichen Nutzung und der Bedeutung zur Erhaltung der biologischen Vielfalt in unserer Heimat zu finden.“

Die Verbände seien sich einig, dass „eine dezentrale Versorgung der Industrie mit Rohstoffen Transportwege und damit Umweltbelastungen minimiert. Rohstoffe sind deshalb vor allem regional zu sichern, zu gewinnen und zu verarbeiten. Weite Transportwege sind zu vermeiden und der Transport umweltschonend abzuwickeln.“ (asp)